

Der Ermittlungsrichter  
des Bundesgerichtshofes

75 KARLSRUHE 1, den 4. Januar 1978  
Postfach 1661  
Herrenstraße 45 a  
Fernsprecher: (0721) 139-1  
Durchwahl 159-          

I BJs 110/77  
II BGs 7/78

Gegenwärtig:

Richter am Bundesgerichtshof Kuhn  
als Ermittlungsrichter

Oberstaatsanwalt Lampe  
als Vertreter der Bundesanwaltschaft

Justizangestellte Welker  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In dem Ermittlungsverfahren  
gegen

Volker S p e i t e l

wegen

Verdachts des Vergehens nach § 129 a StGB

erschien vorgeführt der Beschuldigte.

Der Beschuldigte erklärte, er wolle Angaben zur Sache machen. Er erklärte weiter, er lege Wert darauf, daß sein derzeitiger Verteidiger, Rechtsanwalt Lehner, Heidelberg, nicht vom heutigen Termin verständigt werde und auch beim heutigen Termin nicht anwesend sei.

Der Beschuldigte bittet, daß Rechtsanwalt Peter Boßert, Stuttgart, Köstlinstraße 1, Tel. 88 22 48, zum Pflichtverteidiger bestellt wird.

Der Vertreter der Bundesanwaltschaft erklärt sich damit einverstanden.

Der Beschuldigte und Rechtsanwalt Boßert erhielten eine Ausfertigung des Beschlusses über die Bestellung des Pflichtverteidigers.

Der Verteidiger erklärte, er habe vor Beginn der Verhandlung bereits ein Gespräch mit seinem Mandanten geführt.

Der Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zur Sache zu äußern oder nichts zur Sache auszusagen und daß es ihm freistehe, seinen Verteidiger zu befragen.

Der Beschuldigte wurde befragt, ob er in irgendeiner Weise durch Justizorgane oder durch die Polizei unter Druck gesetzt worden sei, damit er Angaben mache.

Der Beschuldigte erklärte: Nein, das ist nicht der Fall. Ich bin nicht unter Druck gesetzt worden seitens der Justiz, höchstens durch die Ereignisse, die sich im Jahre 1977 abgespielt haben. Das wird sich aber aus meinen nachfolgenden Angaben ergeben. Mir sind auch keine Versprechungen gemacht worden. Ich habe lediglich die Zusicherung eines fairen Prozesses und darauf will ich mich berufen. Ich fühle mich körperlich und geistig voll da.

Der Beschuldigte erklärte weiter: Hinsichtlich der Angaben zur Person beziehe ich mich auf die Sitzungsniederschrift vom 3. Oktober 1977, die mir insoweit vorgelesen wurden.

Der Beschuldigte erklärte zur Sache:

Zu meinem Verhältnis zur RAF ist zu sagen: Die Konsequenz aus den Ereignissen und Aktionen, die 1977 gelaufen sind, kann nur der Bruch und die Distanzierung von einer Gruppe sein, die endgültig die Fähigkeit verloren hat, etwas anderes als sich und ihr brachialisches Verständnis von antiimperialistischen Kampf zu sehen: Die Doktrin der bedingungslosen Eskalation und der permanenten Provokation.

Das Konzept dieser Etappe ist aufgegangen, zu einem Preis, an dem man noch lange kauen wird:

Eine reaktionäre Massenmobilisierung auf allen Ebenen, die Konstituierung einer legalisierten Pressezensur, Kontaktsperregesetz und was noch dazu nachkommen wird.

**Schwarz!**

Die Liquidierung des Büros, die Kriminalisierung der gesamten legalen Szene, die die Gefangenen unterstützten und last not least eine geschockte Linke, die sich auf unabsehbare Zeit davor hüten muß, an die mühsam gemachten militanten Widerstandsprozesse wie z.B. in Brockdorf anzuknüpfen, falls sie nicht riskieren will, von der GSG 9 durchlöchert zu werden.

Es gab - schlicht gesagt - keinen aber auch nur annähernd politisch verständlichen Grund, der eine solche Dimension der Eskalation gerechtfertigt hätte, und schon gar nicht die verspätete "Legitimation" der Ereignisse vom 18. Oktober in Stammheim - Die Akteure draußen, die Illegalen, wußten schon lange vorher, daß die Gefangenen Pistolen und Sprengstoff in den Zellen haben und nach Ablauf der Dinge ist anzunehmen, daß sie auch wußten, was passieren wird, falls die Schleyer-Aktion scheitern sollte.

"Bewaffnete Politik ist die transparenteste Form der Agitation", so Gudrun Ensslin in einem Brief vom letzten Jahr, und weiter in einem anderen: "Altruismus und Kollektivität sind zentrale Komponenten der Guerilla und Bedingungen ihrer Struktur (...), deren objektiver Ausdruck sich in der moralischen Souveränität der Aktion determiniert." Aber nachdem die, die Schleyer entführt haben, moralische Souveränität mit sinnlosen Blutbädern definieren - und nachdem die Dramaturgie der Tragödie im 7. Stock in Stammheim signalisieren sollte, daß die Eskalation gerechtfertigt ist -

hat die RAF eine Grenze erreicht, bei der die subjektiv als revolutionäre Intension verstandenen Aktivitäten objektiv kaum mehr von reaktionärer Initiative unterschieden werden kann.

Mehr noch - Das Foto von Schleyer mit der Aufschrift: Kommando Matyr Halimeh dokumentiert den Bruch mit dem eigenen Credo: Aktionen der RAF richten sich niemals gegen das Volk, hieß es in x Erklärungen. Jetzt aber drohte man offen mit der Liquidierung völlig willkürlich gefangen genommener Touristen - und nachdem die Gruppe nicht mal den Instinkt dafür hatte, Schleyer lebend freizulassen (was nicht nur moralisch souverän gewesen wäre), muß man davon ausgehen, daß letzten Endes auch das Flugzeug mit den Geiseln in die Luft geflogen wäre.

Als Resümee bleibt festzustellen, daß eine Neuorientierung in all den Bereichen notwendig ist, wo die RAF anstatt realistischer absolute Ansprüche gesetzt hat und an denen sie - sollen sie nicht radikal revidiert werden, was ich aber für ausgeschlossen halte - letztendlich ersticken wird.

Während meiner 3jährigen Verbindung zur RAF habe ich versucht, einen Akzent in der Verknüpfung zwischen legaler und illegaler Arbeit zu erreichen. Daß das gescheitert ist, ist nicht der RAF anzulasten, es war meine eigene Struktur - mein permanenter Kotau vor der Knarre und der Illegalität - die eine Entwicklung sanktionierte, die jetzt irreparabel ist.

Aber so wie die Illegalen ihre Situation zu verantworten haben, habe ich meine zu verantworten:

[Die Beweise, die Lampe, der Bundesanwalt, vorgelegt hat, zeigen mir, daß dahinter Aussagen stecken müssen, denn sonst hätte er sie nicht, und diese Aussagen bedeuten, daß meine tatsächliche Funktion im Büro der Bundesanwaltschaft voll bekannt ist. Meine Verurteilung ist also in jedem Fall gelaufen.

[Ich halte nichts von der Alternative des 18. Oktober und erst recht nichts von der <sup>eines Müllers</sup> Ich will - so infantil es auch klingt - Lampes Beteuerung von einem "fairen Prozeß" glauben und mein Part dazu wird eine Aussage zu meiner <sup>Funktion und</sup> Tätigkeit bei der RAF sein, aber auch nur ausschließlich dazu. Darüber hinaus wird es weder Informationen noch eine Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz geben. Der Bruch mit der RAF bedeutet nicht, daß es einen Grund geben könnte, die Erfahrungen mit einer Justiz zu

vergessen, deren boniertes Festhalten an einem unmenschlichen Haftstatut bei den meisten Leuten ausschlaggebend war, in die Illegalität zu gehen.

Der Apparat ist jetzt am Zug.

Der Vertreter der Bundesanwaltschaft überreicht zur Einsicht fünf Fotografien, die nach seinen Angaben Sprengstoffpackchen und Zündmaterial darstellen.

Dem Beschuldigten werden diese Fotografien zur Einsicht überlassen.

Der Beschuldigte, dem die Fotografien zur Einsicht überlassen wurden, erklärte, diese Fotografien seien ihm bekannt und seine ihm von der Bundesanwaltschaft vorgelegt worden. Auch dem Verteidiger wurden diese fünf Fotografien zur Einsicht überlassen. Der Richter kennzeichnete die Fotografien mit seiner Unterschrift und dem Datum 4.1.78.

Die Fotografien wurden dem Vertreter der Bundesanwaltschaft wieder zurückgegeben.

Der Vertreter der Bundesanwaltschaft erklärte weiter: Ich überreiche die Spurenakte aus dem Schleyer-Verfahren 1035. Aus dieser Spurenakte ergibt sich, daß der Beschuldigte zum Jahresende 1974 unter dem Falschnamen Hartmann in Köln eine konspirative Wohnung angemietet hat. Auch dieses Ermittlungsergebnis habe ich dem Beschuldigten vorgehalten.

Der Beschuldigte erklärte: Dies ist richtig.

Der Vertreter der Bundesanwaltschaft erklärte weiter: Ich gehe davon aus, daß das die "Beweise" sind, von denen Herr Speitel eben sprach.

Der Beschuldigte führte weiter aus: Dies ist richtig.

Der Beschuldigte führte weiter zur Sache aus:

Ende 1973 habe ich durch die Zusammenarbeit mit dem Komitee gegen die Isolationsfolter Croissant und Lang kennengelernt, die zu den Initiatoren des Stuttgarter Komitees gehören.

Aus der Bekanntschaft mit den Anwälten entwickelte sich die Idee, daß Angela und ich in der Anwaltskanzlei mitarbeiten sollten. Angela offiziell als Sekretärin, ich bearbeitete das "Info" und war gleichzeitig so eine Art Verbindungsmann zum Komitee.

Als Lang Anfang 1974 abtauchte - und damit eine Lücke im agitatorischen Bereich hinterließ - übernahmen wir seine Funktion: Die Unterrichtung der Gefangenen, was draußen läuft, die Koordination von <sup>legalen</sup> ~~illegalen~~ Aktivitäten gegen die Haftbedingungen. Parallel mit dem Kontakt zu den Gefangenen - der technisch über die damals noch nicht kontrollierte - Verteidigerpost hergestellt wurde - entwickelten sich die ersten Diskussionen über die Notwendigkeit einer illegalen Struktur im Rahmen der Komitee-Politik. Diese Ansätze operierten aber mehr oder weniger im luftleeren Raum, es gab weder ernstzunehmende illegale Organisationsversuche noch Kontakte zu schon "Abgetauchten".

Dann kam der dritte Hungerstreik im Sommer 1974.

Obwohl es wenig Anzeichen dafür gab, hatte ich doch mit einem Erfolg des Hungerstreiks gerechnet, zumindest aber mit einer Lockerung der Isolation, stattdessen kam Holgers Tod.

Damit brach jede Illusion zusammen, mit friedlichen Mitteln etwas zu erreichen und eine stärkere Mobilisierung der Öffentlichkeit wie wir sie in diesem Hungerstreik erreicht hatten, war kaum denkbar.

Als wir dann später noch erfahren haben, daß der Gefängnisarzt zuerst eine Verkürzung der Kalorienzahl angeordnet hat und dann über das Wochenende, an dem Holger starb, verreiste und zusätzlich Manipulationen um den Transportzeitpunkt von Wittlich nach Stamm-

heim bekannt wurden, gab es für uns keinen Zweifel mehr, daß Holger ermordet wurde. Die Diskussionen hatten jetzt ihren defensiven Charakter verloren, Holgers Tod bestätigte nicht nur das, was die Gefangenen schon lange sagten, sondern auch unsere eigenen Erfahrungen: daß legales Handeln letztendlich durch das Gewaltmonopol des Staates zum Scheitern verurteilt ist; aus dem Bruch des Staates mit seiner eigenen Verfassung wurde das Recht und die Notwendigkeit einer "Fundamentalopposition" abgeleitet, die zwangsläufig bewaffnet handeln mußte.

Kurz nach dem Tod von Holger hat mich Haag zum ersten Mal als Kontaktmann des späteren Kommandos Holger Meins angesprochen. Ich kannte zwar Haag schon früher durch regelmäßige Verteidigerbesprechungen oder durch die gemeinsamen Aktivitäten der Antifolterkomitees, aber der Kontakt zu ihm war sehr oberflächlich. Ich hätte nie vermutet, daß er Verbindungen zu Illegalen hat.

Insgesamt führten wir zwei oder drei längere Gespräche. Nach einem abstrakten Abtasten, welche Meinung ich über die RAF hätte, was meine Perspektiven seien, was ich über den Tod Holger denke, usw., deutete Haag vorsichtig an, daß es eine illegale Struktur gäbe, die das Ziel hat, die Gefangenen zu befreien, und daß man durch meine Aktivitäten im Büro und im Komitee <sup>auf mich</sup> aufmerksam geworden sei. Schließlich rückte er mit der konkreten Frage heraus, ob ich an einer Befreiungsaktion teilnehmen würde. Ich bestätigte ihm ihre Einschätzung von mir mit der Einschränkung, daß ich keine Vorstellungen darüber hatte, wie eine Befreiungsaktion aussehen könnte, und wie ich mich dabei verhalten würde. Wir einigten uns schließlich darauf, "daß das niemand vorher wisse", daß es allein auf den Entschluß, auf die Entscheidung" die Aktion zu wollen" ankomme. Auf die Frage, wie so eine Aktion aussehen kann, zeichnete Haag in groben Zügen das Bild einer koordinierten Aktion: Zwei Kommandos sollte zur selben Zeit zuschlagen. Entweder zwei wichtige Typen entführen oder zwei Institutionen besetzen und gleichzeitig sollte ein drittes Kommando "mobile Aufgaben" übernehmen.

Haag betonte aber, daß diese Vorstellungen noch nicht ausgereift seien, sondern lediglich mal eine Art Gedankenmodell darstellten. Nach meinem Abtauchen im Dezember 1974 traf ich mich in Frankfurt mit der damals schon illegalen Hanna Krabbe und Bernhard Rößner, der ebenfalls an diesem Tage zur Gruppe gestoßen ist.

Obwohl Haag meine Vorstellungen über das Ausmaß der illegalen Struktur weitgehend gedämpft hatte, war ich trotzdem ziemlich enttäuscht, als ich die reale Infrastruktur der Gruppe kennengelernt hatte. Außer uns dreien gab es nur noch zwei weitere Mitglieder, nämlich Wessel und Taufer, es gab noch zwei konspirative Wohnungen, kein Auto, kaum Waffen, höchstens vier oder fünf Pässe.

Hinzu kam, daß auch kaum mehr davon gesprochen wurde, eine größere Logistik und mehrere Kommandos zu bilden, sondern daß man sich darauf reduzierte, erstmals ein machbares Objekt zu checken. Im Gespräch waren fünf Projekte - soweit ich mich erinnere, alles Botschaften der BRD: Stockholm, Wien, Bern, Den Haag. Die sollten alle mal ausgekundschaftet werden. Später wollte man sich dann noch um andere Institutionen kümmern. Ich habe die Berner Botschaft mal auf ihre "Verwertbarkeit" hin geprüft. Aber nachdem wir meine Beobachtungen diskutiert hatten, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß Bern aus politischen und militärischen Gründen ausscheide.

Die Diskussionen drehten sich fast ausschließlich nur noch um militärische Probleme - der Punkt, ob es überhaupt möglich sein kann, mit einer Besetzung einer Botschaft (da drauf konzentrierten sich die Hypothesen) den erforderlichen Druck auf die BRD-Regierung auszuüben, daß sie die Gefangenen freigibt, wurde mit der Feststellung, "daß man das praktisch ausprobieren müsse", zur Seite geschoben.

Die Konzeption wurde dann endgültig auf eine Aktion reduziert, vorher sollte noch eine Ersatzgruppe aufgebaut werden, die aber nicht an der geplanten Aktion teilnehmen sondern erstmals nur die Betreuung der Logistik übernehmen sollte, um daraus - im Falle eines Scheiterns der Aktion - eine nächste



Befreiungsaktion vorbereiten zu können.

Für die Ersatzgruppe wurden Siegfried Hausner, Stefan Wisniewski und Karl-Heinz Dellwo rekrutiert - sie sind aber erst, nachdem ich schon die Gruppe verlassen hatte, abgetaucht. Die gefundene Kölner Wohnung habe ich für die Ersatzgruppe angemietet. Ob sie sie aber jemals gesehen haben, weiß ich nicht, denn es war praktisch meine letzte Aktivität für die Gruppe.

Während die anderen ihre Widersprüche und Ängste zu der Aktion mit der Formel, "daß man das nur praktisch rauskriegt", lösten, habe ich in dem Gedanken nur noch ein Kamikazeunternehmen gesehen. Ganz abgesehen davon, daß mir die Konsequenz einer Besetzung: bei Nichterfüllung der Forderung, die Geiseln zu töten, total zuwider war.

Zu diesem Zeitpunkt war eine konkrete Entscheidung noch nicht gefallen.

Der endgültige Entschluß, aus der ganzen Sache auszusteigen, fiel, als der "2.6." Lorenz entführte. Die meisten der Gruppe haben das Nachgeben der Regierung als Bestätigung aufgefaßt, während ich das Gegenteil darin gesehen habe, weil der ungeheure Druck der Forderung nach 25 RAF-Gefangenen, jetzt auch noch mit der Hypothek der sauberen (ohne Blut) Lorenz-Aktion und ihren annehmbaren Folgen belastet würde.

Ich ging wieder nach Stuttgart zurück und pflegte erstmal meine angeknackste Psyche. Erst nach der Stockholmer Katastrophe bemühte ich mich wieder um Kontakt mit dem Rest der Gruppe, der aber nicht zustande kam.

Aus diesem Problem - der Schwierigkeit einen "Kontakt" zu finden - entwickelte sich der Gedanke, einen ständigen legalen "Anlaufpunkt" zu konstituieren, der verdeckt im Büro Dr. Croissant verankert sein sollte. Im Herbst 1975 bin ich dann wieder ins Büro gegangen - den Anwälten erzählte ich irgendeine Story in Richtung "ausgeflippt" -, daß ich mich jetzt aber wieder entschlossen hätte, die Verteidigungsarbeit weiterzumachen.

Nur den Gefangenen entwickelte ich in einem Brief die Gründe,

weshalb ich nicht an der Aktion teilgenommen hatte, und wie ich mir die zukünftige Perspektive, d.h. die Büroarbeit vorstellte, die grob gesagt langfristig als Äquivalent zur Guerilla im legalen Bereich werden sollte. Die Gefangenen antworteten mir mit dem "Zwei-Beine-Papier" (der Titel bezieht sich auf die zentrale These: Zwei Beine müssen es sein: national-international, legal-illegal), das im wesentlichen die Konzeption befürwortete, allerdings mit der deutlichen Einschränkung, daß eine legale Struktur nie Selbstzweck, sondern immer nur funktional zur Illegalität sein kann. Es war von vornherein klar, daß die Gefangenen nicht vom "Primat der Aktion" abrücken würden, trotzdem war es ein bedeutender Einschnitt in das "Illegalitätsprinzip". Denn praktisch betonten auch sie jetzt die Notwendigkeit einer integrierten legalen Struktur. Nur wollten sie - im Gegensatz zu mir - eine ausschließlich an den Gefangenen aus der RAF orientierte legale Arbeit.

Die Situation im Büro hatte sich jetzt wesentlich verändert; es gab praktisch zwei Gruppen: die eine, zu der die Anwälte zählten, aber auch die meisten anderen "Mitarbeiter", für die das Büro reine Verteidigungsfunktionen hatte, die andere, die Verbindungen und Erfahrungen im illegalen Bereich hatte und die die Arbeit und Funktion des Büros in diesem Zusammenhang entwickeln wollte. Wer zu dieser zweiten Gruppe gehörte, die Erfahrungen und Verbindungen im illegalen Bereich hatte, will ich nicht sagen. Trotzdem wir die volle Unterstützung der Gefangenen hatten, hatten wir keinen "Draht" zu den Illegalen, von denen wir nur wußten, daß es sie gibt und daß Personen aus der "Umgebung" des Büros Unterstützungsfunktionen hatten. Von einer dieser Personen, deren Namen ich nicht nennen will, bekam ich dann etwa im Herbst 1976 die Nachricht, daß die Illegalen mich sprechen wollte. Der Treff fand in Koblenz statt. Aber es kam nicht Haag, wie ich erwartet hatte, sondern Wisniewski. Hauptsächliches Thema dieses Gesprächs war eine Kritik am Büro und die Frage, was sich bei mir verändert hätte seit meinem damaligen Rückzug. Ich sagte ihm, daß sich mein Verhältnis zu einer Aktion nicht geändert hätte, aber daß ich bereit sei, im legalen Rahmen die Illegalität zu unterstützen.

Die Kritik und damit auch die Differenz zwischen Büro und Illegalen waren unseren mangelnden Anstrengungen "die Illegalität vorzubereiten", womit Wisniewski hauptsächlich unsere eher ablehnende Haltung gegenüber den "Unterstützern" meinte. Die Situation war so, daß die Leute, die damals Unterstützungsfunktionen hatten, die Büroarbeit ablehnten, weil sie ihnen zu theoretisch war, während wir wiederum eine ausschließlich praktische Unterstützung ablehnten.

In der Auseinandersetzung hielt ich Wiesniewski vor, daß unsere Arbeit an den Gefangenen die einzigen Anzeichen für die Linke und auch für die Öffentlichkeit waren, daß es die RAF überhaupt noch gibt und daß ich außerdem nach Stockholm der Meinung war, daß es kaum mehr möglich sei, die Gefangenen zu befreien, sondern daß es jetzt darauf ankomme, die "Zusammenlegung" und damit humanere Haftbedingungen durchzusetzen. Wiesniewski hielt das alles für "Rationalisierungen" von mir: "nicht kämpfen zu wollen" seien die wahren Gründe für meine Argumente. Er beharrte weiterhin auf einer Trennung zwischen Unterstützer und Bürofunktion. Indirekt warnte er mich auch davor, die Unterstützer weiterhin "mit meinem theoretischen Scheiß kirre zu machen". Ich bzw. wir sollten uns lieber an <sup>ihnen</sup> ~~den~~ orientieren, weil nur da davon lernen könnten.

Mir war nach dem Gespräch klar, daß das Verhältnis zwischen den Gefangenen und denen "Draußen" nicht sehr gut sein konnte, und auch nicht war, wie sich später herausstellte. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne, die wir für Thomas Reuter und Brigitte Schulz organisieren wollten, die beide zu den Illegalen gehörten und nach einer mißglückten Aktion in Kenia inhaftiert waren. Während wir total entsetzt waren von dem Schicksal der beiden und hauptsächlich aus diesem Grund etwas machen wollten, waren die Gefangenen über die "schwachsinnige Aktion" entsetzt, und waren wegen dem Söldnercharakter dieser Aktion gegen eine öffentliche Kampagne, wenn es schon nicht zu umgehen sei, dann möglichst ohne den Namen RAF.

405

Aber den tatsächlichen Umfang der Differenzen enthüllte die Mohnhaupt, als sie etwa im Februar 1977 nach ihrer Entlassung ins Büro kam. Sie kam mit einem festen Konzept, das vorsah - nachdem sie das Büro "reorganisiert" hat -, bei den "Draußen" auszumisten, für sie waren die "Draußen" damals ein von Bullen durchsetzter Verein, unfähig, weil sie nicht zu Aktionen gekommen sind, was hauptsächlich die Schuld von Haag sei, dem vorgeworfen wurde, daß er sich auf die Gruppe draufgesetzt hätte.

824 [Aber zuerst wollte sich die Mohnhaupt um das Büro kümmern. Das Ergebnis war eine Säuberungsaktion, in die sie sich so hereinsteigerte, daß sie schon am ersten Tag den Entschluß faßte, Croissant rauszuschmeißen, weil er "ein unbrauchbares bourgioses Schwein geworden sei". Die Mohnhaupt organisierte nun systematisch alle Bereiche des Büros um und zwar im Sinne einer radikalen Funktionalität zur Illegalität. Der Hauptteil der Archivarbeit war nun z.B. die Zusammenstellung eines regelmäßigen Informationspaketes für die Illegalen. Dazu gehörte ein Überblick über die wichtigsten Pressemitteilungen, aber genauso Fotokopien von Beschlüssen, Anträgen usw. sowie Teile der offiziellen Gefangenenpost (da ja nicht alle wissen sollten, wofür das in Wirklichkeit gedacht war, wurde erklärt, daß das für die Gefangenen zur Information sei).

[Die nächsten Opfer der "Reorganisation" waren nun die früheren Unterstützer der Illegalen: Die Mohnhaupt verlangte von ihnen, daß sie nun im Büro mitarbeiten sollten. Als die das ablehnten, wurden sie "abgehängt". Von nun ab sollten wir die Unterstützungsfunktionen übernehmen, deren Hauptbestandteil der "Postverkehr" sei, der von nun an regelmäßig zwischen drinnen und draußen lief: Das lief so, daß die Briefe in einem verschlossenen Umschlag oder Zettel, die mit Tesafilm umwickelt waren, von den Anwälten rausgebracht wurden, meist mit einem Begleitschreiben für mich oder denjenigen, der die Briefe weitertransportieren sollte, in dem mitgeteilt wurde, bis wann man eine Antwort erwartete oder wie schnell der Brief zugestellt wurde.

Mitte März 1977 habe ich die Mohnhaupt (die in der Zwischenzeit schon abgetaucht war) in Utrecht wiedergetroffen. Mir ihr, Wisniewski und Boock diskutierte ich dann einen "Job", den ich übernehmen sollte. Der "Job" bezog sich auf ein älteres Projekt einer gemeinsamen Kampagne mit den legalen Flügeln der ETA IRA Brigade rosso für ein politisches Haftrecht für die Gefangenen aus bewaffnet kämpfenden Gruppen (Kombatantenstatus). Ich hatte 76 schon Kontakte zu diesen Gruppen, hatte aber ein geplantes gemeinsames Treffen dann letztlich abgesagt, u.a. wegen der damaligen mangelnden Unterstützung der Illegalen. Geplant war nun, daß ich unter dem alten "Level" (einer illegalen Kampagne) Kontakte zu diesen Gruppen herstellen sollte, um diesmal aber Gespräche zu führen, die auf eine politisch/militärische Zusammenarbeit auslaufen sollten. Ich sollte dort offiziell als eine Art "Botschafter" der RAF auftreten, wobei aber Boock den Einwand hatte, daß das nur gehen würde, wenn ich mich auch entschlossen hätte, zur Gruppe zu stoßen. Die Mohnhaupt reduzierte das Problem "Mitgliedschaft" auf die Notwendigkeit, unterzutauchen, was aber aus dem geplanten Job nicht notwendig war. Dieses geplante Treffen kam nicht zustande.

Spätestens seit der Entlassung der Mohnhaupt war die Hauptfunktion des Büros die Verbindung von drin (also Knast) nach draußen (also Illegalität) zu ermöglichen und zu erhalten. Zusätzlich wurden alle Bereiche des Büros - wenn es opportun war - zur "Abdeckung" von Bewegungen etc. verwendet. Um das zu verdeutlichen: Durch die legalen Aktivitäten des Büros, ob das nun Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Initiativen im Ausland oder sonst was war, gab es eine Fülle von Notwendigkeiten, sich zu bewegen. Diese nach außen hin unscheinbaren Reisen waren jedoch sehr oft nur ein Sprungbrett für ein kurzfristiges Abtauchen, um sich dann irgendwo mit den Illegalen zu treffen. Die restliche Inszenierung, daß man vorgab, z.B. zur Pressekonferenz X. zu fahren, diente lediglich als Cover, um die Observanten des Staatsschutzes zu täuschen. Ein anderer Punkt war, daß für mich die offizielle Mitarbeit im Büro "erklären" sollte, von was ich überhaupt lebe und wie es dazu kommt, daß ich mir relativ

kostspielige Reisen leisten kann. Die wirkliche Finanzierung geschah durch die Illegalen, von denen in unregelmäßigen Abständen die Geldbeträge kamen, die für die jeweiligen Jobs notwendig waren.

Von diesen ganzen Vorgängen wußten allerdings nur sehr wenige von denen, die im Büro arbeiteten etwas, denn weil wir davon ausgingen - daß nur im legalen Bereich eine Infiltration möglich sein könnte - wurden alle Aktivitäten, die mit den Illegalen zu tun hatten, total konspirativ behandelt. (Wenn dieses Verhalten manchmal für die anderen unerklärlich war, dann wurde es durch entsprechende Stories abgedeckt.)

Die offizielle Linie war: Wir sind legal, es gibt keine Verbindung mit den Illegalen und das galt ganz besonders - selbst wenn es unglaublich klingen sollte - für die Anwälte. Die Behauptung, daß die Anwälte die Chefs/Drahtzieher oder was da sonst noch alles kolportiert wird, waren, ist nichts anderes als eine bürgerliche Projektion der üblichen Klassenklischees, wie sie in dem Staate üblich sind.

Im Büro war - um es mal so zu nennen, die "Hierarchie" eher auf den Kopf gestellt. Die Anwälte rangierten ganz unten und die Gefangenen ganz oben. Man kann sagen, ab Februar 1977 wurden alle zentralen Entscheidungen des Büros, die gesamte politische Linie bis hin zu der Organisierung der Tätigkeit der Anwälte - wer wann wo Knastbesuche macht, auf Veranstaltungen oder Pressekonferenzen welchen Inhalt bringt - durch uns oder die Gefangenen bestimmt. Eine eigene Linie war für keinen Anwalt mehr möglich. Wer sich nicht daran hielt - wie Croissant z.B. -, der wurde herausgeschmissen. Croissant war diesem Druck im Laufe der Zeit nicht mehr gewachsen: Seit Mitte 1976 haben ihn die Stammheimer Gefangenen praktisch nur noch geduldet, aber der Preis waren permanente persönliche Diffamierungen, die praktisch zu seinem Zusammenbruch führten. Als noch die Hetze der Presse sich voll auf seine Person konzentrierte, haben wir den Entschluß gefaßt, ihn nach Frankreich zu bringen, weil wir der Meinung waren, daß er unter diesen doppelten Druck nur kaputt gehen konnte und das hätte er zumindest in meinen Augen nicht verdient. Bei Müller und Newerla war es im

Prinzip ähnlich, nur ließ man bei ihnen viel mehr durchgehen, weil - wie es mal jemand von den Gefangenen formulierte - "das was sie an Scheiße machen, durch ihre Funktion aufgehoben wird".

Diese Funktion bezeichnet die Verbindung von drinnen nach draußen und die begann zuerst ganz harmlos mit dem Info und normalem Verteidigungsmaterial. Die Gefangenen haben dann eines Tages Müller dazu gebracht, einen Brief rauszuschmuggeln, der verschlossen war und den er mir geben sollte. In dem Brief teilten mir die Gefangenen ihre Einschätzung von Müller mit, daß sie glaubten, daß er mit seiner stoischen Ruhe dafür prädestiniert wäre, regelmäßig "Sachen" raus- und reinzutransportieren, ich solle das mal andrehen.

Müller wußte nie, was dann mit dem von ihm transportierten Brief geschah - es wurde auch nie darüber gesprochen. Für ihn war das Problem erledigt, sobald er mir die Nachricht überbracht hatte. Ca. August/September 1976 diskutierten die Gefangenen mit mir zum ersten Mal das Problem, wie man andere Sachen reinbringen könnte und zwar wollten sie eine Minox oder so was ähnliches (daß das ganze damals mehr oder weniger ein Probelauf für andere Sachen sein sollte, ahnte ich zwar, aber mitgeteilt wurde zu dem Zeitpunkt noch nichts darüber).

Die zwei Hauptprobleme waren: 1. Müller dazu bekommen, daß er das Ding transportiert und 2. eine Möglichkeit zu finden, wie man die Kontrolle nach Metallgegenständen, die mit einem Suchgerät vorgenommen wurden, täuschen kann. Müller wurde permanent von drin und draußen von mir damit beharrt, daß das gar nicht so schlimm sei, wenn man eine gute Möglichkeit wüßte und daß es läuft, wenn wir sicher sind usw.

Wir, d.h. die Gefangenen und ich, haben dann schnell herausbekommen, daß die Kontrollen im Gerichtsgebäude die schwächsten waren, vor allem wurden die Gefangenen, wenn sie vom Gerichtsgebäude wieder in den Knast im 7. Stock zurückgebracht wurden, nicht durchsucht. Da die Anwälte Taschen abgeben mußten und am Körper durch das elektrische Metallsuchgerät abgesucht wurden, blieb als einzige Möglichkeit die Akten übrig. Wir wählten dazu aber keine Leitz-Ordner - die durch ihren Umfang von vornherein

verdächtig ware - sondern die relativ dünnen Handakten, die die Anwälte nie aus den Händen gaben, sondern nur vor den Augen der Durchsuchungsbeamten durchblättern. Als wir das alles zusammenbekommen hatten, mußte ich nur noch eine Lösung finden, wie die Kamera in der Akte versteckt werden sollte, was schließlich ganz einfach war: In die Akte wurde ein Hohlraum geschnitten, gerade so groß, daß die Kamera reinpaßte und die Seitenteile dieser Aushöhlung wurden dann mit einem Buchbinderleim eingestrichen, der das Papier an den geschnittenen Stellen so zusammenklebte, daß man den ganzen Stapel durchblättern konnte, ohne daß die Aushöhlung sichtbar war.

Das einzige Problem, das nun bei einer Kontrolle auftreten konnte, wäre das veränderte Gewicht der Akte gewesen. Aber Müllers diesbezügliche Zweifel haben wir dann dadurch zerstreut, daß wir ihm sagten, daß er sich weigern soll, die Akte aus der Hand zu geben und wenn den Beamten das Durchblättern vor ihren Augen nicht genügt hätte, wäre für ihn immer noch die Möglichkeit gewesen, wieder aus dem Gerichtsgebäude zu gehen. Nach endlosen Bemühungen (und unter dem angedeuteten aber nie so ausgesprochenen Druck, daß er ein Schwein sei und rausfliegt, wenn er das nicht "bringt"), ging dann die Kamera auf dem beschriebenen Weg in den Knast.

Während Müller einstweilen im Glauben gelassen wurde, dieser Transport sei eine einmalige Sache gewesen, knobelten die Gefangenen und ich eine Konzeption aus, wie man eine Pistole reinbekommen kann, möglichst ohne daß Müller weiß, was er da transportiert. Um Müller zu täuschen, erklärten die Gefangenen, daß sie unbedingt einen kleinen Kocher in der Zelle haben wollten, damit sie sich selbst etwas kochen könnten. Also kurzum, Müller schleppte dann im Glauben, daß <sup>er</sup>eine Kochplatte transportiert, die erste Pistole nach Stammheim. Der Transport geschah auf demselben Weg wie die Minox in einer ausgehöhlten Handakte, die ich präparierte, wobei ich die Hohlräume mit Tempotaschentüchern ausfüllte, damit sich die Form der Pistole nicht fühlen ließ, wenn Müller die Akte in die Hand nahm. Nachdem auch dieser Transport reibungslos die Kontrollen passiert hatte, rissen die "Bestellungen" von drin nicht mehr ab. Insgesamt gingen auf



dem oben beschriebenen Weg drei Pistolen und soweit ich mich erinnere, 9 Stangen Sprengstoff in den Knast. Dazu kamen eine Unmenge von Kleinkram wie Kopfhörer, Kabel, Radios, Bügeleisen, Kochplatte. Bei den Waffen war jeweils auch Munition dabei und zwar jeweils eine volle Füllung. Bei den Waffen handelte es sich um einen Revolver mit vernickeltem Lauf, Kaliber 38, ferner um eine Heckler- und Koch-Pistole, Kaliber 9 mm. An den Typ der dritten Waffe kann ich mich nicht mehr erinnern, sie hatte das Kaliber 7,65 mm. Bei den beiden Pistolen waren die Griffschalen abmontiert. Ein Paar Griffschalen sollten dann später mit hineingehen. Die Griffschalen der 7,65 mm wurden weggeworfen, die der 9 mm wurden verbuddelt. Die Gefangenen bestanden auf den Griffschalen. Wenn sie mit Griffschalen gefunden worden wären, hätte man immer noch ein Cover bringen können, wie sie hineingeraten wären, denn dann wären sie einfach zu dick gewesen für den beschriebenen Transport. Es wäre schwieriger gewesen herauszubekommen, wie die Waffen hineingeraten sind.

*Welker*

Nunmehr trat als Protokollführerin die Justizangestellte Hlozek ein.

Die Sitzung war von 12,40 bis 13,35 Uhr unterbrochen.

Vermerk:

Der Beschuldigte diktierte seine Einlassung zur Sache selbst.

Auf Vorhalt des Richters:

Ich erwähnte vorhin, daß Haag mich angesprochen hatte, nachdem man auf mich aufmerksam geworden sei. Unter "man" verstehe ich zunächst die allgemeine Szene des Komitees, vielleicht kann man eher sagen "Gerüchteszene", wo bekannt wurde, daß in Stuttgart ein Typ, also ich, ist, der Eigeninitiative entwickelt. Vielleicht führte auch die Teilnahme an der Amnesty-Besetzung dazu. Die Typen, die da dabei waren, wollten schon etwas mehr.

Konkret läßt sich dieses "man" nicht umreißen, vielleicht waren es Haag, vielleicht Hanna Krabbe; ich weiß es nicht !

Als ich im Herbst 1975 wieder in das Büro Stuttgart zurückkam, war mit Sicherheit Croissant da. Ich glaube nicht, daß Newerla schon dort war. Es kann sein, daß Müller gelegentlich da war, er hospitierte zunächst eine Zeitlang im Büro und pendelte zwischen Hamburg und Stuttgart.

Wenn ich vorhin von "Unterstützern" sprach, so sind damit ganz allgemein Leute gemeint, die logistische Notwendigkeiten vorbereiteten, beispielsweise Fahrzeuge abcheckten, Wohnungen auscheckten und allgemeine Kundschafterdienste leisteten. In den früheren Jahren kam es auch schon vor, daß Unterstützer Wohnungen anmieteten; dies ist jedoch später im allgemeinen meines Wissens unterblieben.

Vorhin schilderte ich den Postverkehr zwischen drinnen und draußen. Soviel ich weiß, waren nur Müller und Newerla an diesem Postverkehr beteiligt. Dabei kannten sie den Inhalt der Sendungen nicht.

Die Post wurde von den beiden Anwälten normalerweise in den Handakten befördert. Es kam aber auch vor, daß sie die Post am Körper verborgen hatten und zwar in der Unterhose.

Der Sprengstoff ist, wie ich bereits geschildert habe, in den Handakten in der Anstalt in Stammheim transportiert worden. Nachdem die Kontrollen stärker wurden und praktisch jedes einzelne Blatt umgedreht wurde, machte ich kleine Päckchen, die die Anwälte in den Unterhosen versteckten. Ich bin mir nicht sicher, ob Newerla daran beteiligt war. Bei Müller bin ich mir sicher. Mit Sicherheit habe ich ihm mal eins verpaßt.

Die Anwälte haben von den Treffs mit den Illegalen nichts gewußt, auch nicht von Verbindungen zu diesen. Die Anwälte galten als das größte Sicherheitsrisiko.

4/12

Ich bitte zunächst den Beschluß über die Pflichtverteidigerbestellung und das jetzt aufgenommene Protokoll noch nicht meinem Verteidiger, Rechtsanwalt Lehner, zugänglich zu machen. Ich möchte erst selbst mit ihm Kontakt aufnehmen und will meine weitere Entscheidung über die Verteidigung dann treffen.

Auf Vorhalt des Vertreters der Bundesanwaltschaft:

Frage:

Waren Ihre Besprechungen mit Haag nach dem Tod von Holger Meins Anlaß und Ursache für Ihr Abtauchen im Dezember 1974 ?

Antwort:

Nein. Die Frage ist so falsch formuliert. Haag war maximal Kontaktmann und hat mir das Abtauchen ermöglicht. Es hätte z.B. genauso gut jeder andere, z.B. Hanna Krabbe sein können. Es war nicht Haags besonderer Phetorik oder Anstrengungen zu verdanken, die mich zum Abtauchen veranlaßten.

Frage:

Sie sprachen über die "Verwertbarkeit" einzelner Objekte. Hat Haag an diesen Diskussionen teilgenommen?

Antwort: Nein, jedenfalls nicht in meinem Beisein.

Vorhalt:

Aus diesem Zusatz schließe ich, daß Haag Sie in den konspirativen Wohnungen, jedenfalls in der Illegalität aufgesucht hat. Trifft das zu ?

Antwort: Haag war mal da und zwar in einer konspirativen Wohnung und schilderte die Situation der Gefangenen und erkundigte sich nach dem Stand unserer Bemühungen.

Vorhalt:

Sie sprachen von der Konsequenz einer Besetzung, nämlich der Erschießung von Geiseln; wurde diese Konsequenz diskutiert ?

Antwort: Darauf antworte ich nicht nach Rücksprache mit meinem Verteidiger.

Frage:

Woraus ergab sich für Sie die Legitimation der Mohnhaupt ?

Antwort: Die Mohnhaupt sprach - und das wissen wir durch die Gefangenen selbst - im Auftrag der Stammheimer Gefangenen. Seit sie in Stammheim im 7. Stock war, haben die Gefangenen mit ihr ein internes Schulungsprogramm für ihre bevorstehende Entlassung durchgeführt. Die Mohnhaupt war dazu legitimiert, notfalls ein<sup>en</sup> radikalen Bruch auch mit den Illegalen herbeizuführen, falls die Diskussion über eine Kursänderung erfolglos verlaufen würde.

Vorhalt:

Aus dieser Antwort entnehme ich, daß die Gefangenen vor der Entlassung der Mohnhaupt keinen bestimmenden Einfluß auf die Illegalen hatten - insbesondere keinen bestimmenden Einfluß vor der Festnahme Haags und Mayers. Trifft das zu ?

Antwort: Die Frage dürfte im wesentlichen durch meine Ausführungen beantwortet sein. Sonst bin ich nur auf Vermutungen angewiesen. - Es ging Kritik von den Gefangenen auf Haag, und zwar nach dessen Festnahme, nieder. Diese Kritik bezog sich hauptsächlich auf die Umstände seiner Festnahme. Die Gefangenen haben von ihm erwartet, daß er praktisch die MP benutzt, die im Auto gelegen hatte.

Frage:

Hat es insoweit mehrere "Briefe" gegeben, die sich auf die Umstände der Festnahme bezogen ?

Antwort: Das Problem der Festnahme wurde allgemein diskutiert. An einzelne Briefe kann ich mich dazu nicht erinnern.

Frage:

Mußte Roland Oskar Mayer nicht notgedrungen in diese Kritik einbezogen werden ?

Antwort: Von der Logik her ja.

Vorhalt:

Von der Logik her kommt dann als Überbringer nur Dr. Croissant in Betracht. Können oder wollen Sie dazu etwas sagen ?

Antwort: Nein.

Vorhalt:

Erläutern Sie bitte die einzelnen Kategorien der "Post" .

Antwort: Unter Sicherheitsstufe Nr. 1 rangierten die Briefe von den Gefangenen zu den Illegalen. Diese Briefe wurden grundsätzlich verschlossen versandt. Ich oder die anderen Transporteure wußten nichts über ihren Inhalt. Die zweite Stufe waren die Mitteilungen der Gefangenen an mich oder die anderen Kontaktpersonen, die meistens auch verschlossen oder falls sie offen waren, praktisch so codiert waren, daß die Anwälte, die sie transportierten, ihren Inhalt nicht verstanden. Als dritte Kategorie kann man die internen Diskussionen der Gefangenen untereinander bezeichnen; sie wurden ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen transportiert. Die vierte Stufe waren die offiziellen Diskussionen über Strategie und Politik der Gefangenen, die als Zirkulare in ausgewählten Unterstützungskreisen und zwar legalen Unterstützungskreisen verteilt wurden. Die letzte Stufe der Post sind die offiziellen Mitteilungen, wie Pressemitteilungen, Statements usw.

Vorhalt:

Der Umstand, daß es sehr unterschiedliche Kategorien der Post gab, war für die Anwälte also unübersehbar. Trifft das zu ?

Antwort: Natürlich. Man muß noch dazu sagen, daß die Unübersehbarkeit von uns bewußt gefördert wurde.

Vorhalt:

Sie haben von Jobs und Unterstützern gesprochen. Handelt es sich hier um ein- und denselben Bereich ?

Antwort: Ja

711

Vorhalt:

Nun zu der Tätigkeit der Kuriere aus dem Büro. Schildern Sie an einem Beispiel Ihre Kuriertätigkeit.

Antwort:

Ich werde dies einmal abstrakt schildern:

Nehmen wir einmal an, es gab von den Gefangenen einen Brief zu befördern, ~~und es gab einen Kommunikations-~~ Das ~~dem~~ Kommunikationssystem mit den Illegalen war so struktuiert, daß es in einer bestimmten Zeitspanne immer möglich war, sich per Telefon oder per vorher ausgemachtem Treffpunkt zu kontaktieren. Lag dieser Treffpunkt, was meistens der Fall war, in einer anderen Stadt, so bastelte man sich aus den legalen Notwendigkeiten ein Cover zusammen, der einem <sup>in</sup> die Richtung oder in die Nähe des Treffpunktes führte. Unterwegs seilte man sich dann ab; dies geschah durch verschiedene Möglichkeiten, die ich aber nicht näher erläutern möchte. Es war absolut notwendig, total clean an dem verabredeten Treffpunkt einzutreffen, weil die Gefahr einer Observation ~~unvermeidlich~~ Schwierigkeiten bedeutet hätte. Die Treffs fanden meistens in Gaststätten statt. Dabei wurde dann die Post übergeben und neue in Empfang genommen. - Die für die Treffs aufgewendeten Kosten wurden von den Illegalen getragen in der vorher beschriebenen Weise.

Frage:

~~Sie~~ Überbrachten bzw. übernahmen die Kuriere außer Post noch andere Sachen? Ich darf in diesem Zusammenhang auf den ausgegrabenen Sprengstoff in Stammheim verweisen.

Antwort: Der Sprengstoff und die Pistolen wurden mir bei einem Treff - nach Bestellung durch die Gefangenen in Stammheim - übergeben. Die Übergabe erfolgte nach März 1977, spätestens Juni 1977, jedenfalls nach Entlassung der Mohnhaupt aus der Haft. Ich hatte von dem Treff den gesamten Sprengstoff mitgebracht, den ich dann verbunkerte und zwar in der Nähe von Stuttgart in wechselnden Depots. Nach Bedarf und Möglichkeit holte ich Teile davon, die dann in die Anstalt von Stammheim gebracht wurde.

Mit dem Teiltransport nach Stammheim begann ich alsbald und zwar ca. nach einer Woche. Es waren jeweils zwei Stangen, die transportiert wurden. Ich holte die Sprengstoffstangen jeweils aus den Depots, packte sie aus dem Originalpapier aus und verpackte sie grob in anderes Papier. Im Büro wurden sie dann in Cellophan eingeschweißt für den Transport nach Stammheim. Das Zeug krümelte etwas und soll angeblich auch Papier durchfetten.

Frage:

Wie war es mit den Zündern ?

Antwort: Die Zünder habe ich nicht zusammen mit dem Sprengstoff bekommen. Sie kamen etwas verspätet mit einem Extrakurier und gingen auch <sup>mit</sup> zuletzt in die Anstalt. Bei den Zündern war es notwendig, die Kabel zu kürzen. Das habe ich gemacht.

Frage:

Es ist nun wiederholt von Depots die Rede gewesen. Was wurde alles deponiert.

Antwort: Grundsätzlich wurde alles deponiert, was uns belastete: Sprengstoff, Munition, Geld, die Zünder, Pistolenhalter, Pistolen, Glazen für maskenbildnerische Zwecke, Schriftstücke, ~~geschabter~~ Müll; letzteres dann, wenn beim Wegwerfen des Mülls, beispielsweise des Papiers, in dem der Sprengstoff eingepackt war und an dem noch Reste hafteten, es hätte gefährlich werden können. - Ein Depot war ein Loch im Walde an einer Stelle, wo man es wiederfinden konnte und an der man nicht beobachtet werden konnte. Es gab latente Depots, das waren eingegrabene Kanister, die man nur aufzuschrauben brauchte; es gab aber auch Gelegenheitsdepots, in denen der Inhalt in Plastiktüten wasserdicht geschützt wurde. Ich schätze, daß seit Entlassung der Mohnhaupt so etwa 50 bis 100 Depots benutzt wurden.

Frage:

Wieviel Personen aus dem Büro hatten Zugang zu dem einen oder anderen Depot ?

Antwort: Darauf will ich nicht antworten.   

Frage:

Sind die Pistolen, die in den 7. Stock in Stammheim gegangen sind, bearbeitet worden ?

Antwort: Ja. Außer dem Abschrauben der Griffschale wurde bei einer, soviel ich mich erinnern kann, was es die Heckler & Koch, die Nummer ~~xxxxxxxx~~ im Schlitten verändert und zwar mit ähnlichen Schlagzahlen neue Zahlen auf die alten draufgeschlagen. Das ganze wurde dann abgeschliffen und neu eingeschlagen. Das Ganze wurde dann mehrfach wiederholt. Es hieß auch, daß im oder am Lauf die Nummer unverändert bleiben sollte. ~~xxxxxxx~~ Ich meine mich erinnern zu können, daß ich auch an Griff geschliffen habe.

Frage:

Wo ist das Bearbeitungswerkzeug geblieben ?

Antwort: Die Schlagzahlen habe ich, weil es so schwierig war, sie zu bekommen, aufgehoben und vergraben. Man konnte davon ausgehen, daß sie noch einmal verwendet werden ~~wa~~ mußten.

Vorhalt:

Haben Sie den Sprengstoff, von dem ich Ihnen vorhin die Bilder zeigte, vergraben ? Oder wer sonst ?

Antwort: Ich habe den Auftrag dazu gegeben, daß er vergraben werden soll. An dem Vergraben waren mehrere Personen beteiligt. ~~xxxxxxx~~ Namen will ich ~~xxxxxxx~~ nicht nennen.

Frage:

Waren die Kuriere bewaffnet ?

Antwort: Grundsätzlich nicht. Aber es gab leider einmal eine Ausnahme als einer der Kuriere ausgerechnet an dem Tag, an dem Ponto ermordet wurde, bewaffnet zurückkam.



Frage:

Wo ist die Waffe geblieben ?

Antwort: Die Waffe wurde sofort deponiert und später dann zu einem Treff zu den Illegalen mitgenommen. Ich habe die Waffe ausgegraben. Probeweise wurde mit der Waffe geschossen, auch von mir, und zwar in der Nähe von Stuttgart-Süd.

Frage:

Wie oft hatten Sie etwa Treffs mit den Illegalen ?

Antwort: Nach der Entlassung der Mohnhaupt waren es ca. 20, an die ich mich noch erinnern kann. Es gab Treffs sowohl im In- als auch im Ausland. Weitere Treffpunkte will ich nicht nennen.

Frage:

Wußten die Kuriere, namentlich Sie selbst, von den bevorstehenden Aktionen der Illegalen ?

Antwort: Nein. Über konkrete Aktionen waren wir nicht unterrichtet. Diejenigen, die die Aktionen machen, wissen Ort, Zeit und Bedingungen der Aktion, aber auch nur die. Aus Andeutungen konnten wir entnehmen, daß etwas geplant war, nicht aber was geplant war. Wir erhielten beispielsweise den Rat, uns von einer bestimmten Zeit an im Büro/aufzuhalten. Vor der Sache mit Schleyer erhielten wir den Rat, den Raum Köln zu meiden.

Vorhalt:

Sie haben von Ihren Bemühungen gesprochen, die IRA, die ETA und BR an einen Tisch zu bringen; Sie waren in Genf und haben dort mit der PLO verhandelt; schildern Sie an Beispielen den Inhalt dieser Gespräche und nennen Sie Ihre Gesprächspartner.

Antwort: Das ist so ein zentraler Komplex, daß ich jedenfalls derzeit dazu keine Stellung nehmen will.

Frage:

In meiner folgenden Frage klammere ich Kontakte zu IRA, BR und ETA aus und Frage nach Kontakten zur PLO. Ich habe Ihnen bereits in der ersten Vorführung Ihre Kontakte zu Vertretern der PLO in Genf vorgehalten und Sie haben Angaben dazu gemacht.

Antwort: Meine zuletzt erteilte Antwort gilt auch hier.

Frage:

Gilt diese Antwort auch für Ihre Kontakte zu ~~dem~~ ~~Frage~~ ~~dem~~ ~~Treffpunkt~~ einem norwegischen Diplomaten ?

Antwort: Auch hier gilt meine zuvor gegebene Antwort.

Vorhalt:

Aus Zirkularen, die nach der von Ihnen aufgestellten Kategorie über die zu versendende Post der fünften Kategorie zugeordnet werden müssen, ist zu entnehmen, daß sich das Büro auch an die KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad gewandt hat. Können Sie mir dazu etwas sagen ?

Antwort: Auch hier gilt meine oben gegebene Antwort.

Frage:

Nach mir vorliegenden Informationen ist auch die Beschwerde an die Europäische ~~Gerechtigkeits~~ Menschenrechtskommission in Straßburg - die obwohl von Rechtsanwalt Müller unterzeichnet, nicht im Büro gefertigt worden ist - in den Zusammenhang zu bringen, den ich mit der vorstehenden Frage aufgerissen habe. Ist diese Beschwerde in den Zusammenhang mit der Kampagne des Büros zu bringen, die mit den Appellen an die KSZE-Nachfolgekonzferenz sichtbar geworden ist ?

Antwort: Auch dazu will ich derzeit nichts sagen.  
Ich erwäge eine schriftliche Antwort.

Die Verhandlung wurde unterbrochen. Der Beschuldigte führt ein Gespräch mit seinem Verteidiger.

Der Verteidiger erklärte, derzeit keine Fragen an den Beschuldigten stellen zu wollen. Der Verteidiger wird demnächst eine ergänzende Vernehmung anregen.

Die Vernehmungsniederschrift wurde dem Beschuldigten und seinem Verteidiger zur Einsicht überlassen.

Der Beschuldigte erklärte:

Zu Seite 17 des Protokolls ist eine Berichtigung anzubringen: Auf die genaue Anzahl der von mir empfangenen Sprengstoffständen kann ich mich nicht festlegen, auch nicht darauf, wieviel in den "Knast" hineinkam.

Selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben

G. Speiler

Heilmann

Recht.